

Kassel, 30.03.2009

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Rechtsmittel im Anliegerbeiträgeverfahren zurücknehmen, tragfähige dauerhafte Lösung herstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1216 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- das Rechtsmittel in dem Verwaltungsstreitverfahren gegen Anlieger des Eisenbahnwegs zurückzunehmen und das zweitinstanzliche Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 26.11.2008 – 5 UE 291/07 – für alle Anlieger zu akzeptieren;
- mit den Nachbargemeinden, mit denen gemeinsame Grenzstraßen bestehen, Regelungen zu treffen, die die Straßenbaulasten und Unterhaltungskosten in einer Weise aufteilen, die eine Benachteiligung der Anlieger von Grenzstraßen ausschließt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Rechtsmittel im Anliegerbeiträgeverfahren zurücknehmen, tragfähige dauerhafte Lösung herstellen, 101.16.1216, wird **abgelehnt**.

Jürgen Kaiser
Stadtverordnetenvorsteher

Heidi Woelk
Schriftführerin